

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Kurt Duwe, Katja Suding, Dr. Thomas-Sönke Kluth,
Anna-Elisabeth von Treuenfels, Robert Bläsing (FDP) und Fraktion**

**Betr.: Wege zur Kostensenkung im öffentlich geförderten Wohnungsbau –
IBA Ideenwettbewerb**

Die Errichtung von Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau ist für viele Investoren aufgrund der zu erzielenden geringen Einnahmen und der dennoch hohen Baukosten unattraktiv. Anforderungen wie beispielsweise die Energieeinsparverordnung und ein für viele Jahre festgelegter, niedriger Mietzins haben in der Freien und Hansestadt Hamburg in den letzten Jahren die Neubautätigkeiten im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf ein Maß sinken lassen, das den Erfordernissen am Markt nicht mehr gerecht wird. Der durch den Senat auf die Wohnungsbauunternehmen ausgeübte Druck, öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten, und steigende Ansätze bei der Förderung, können diese Lücke leider nicht schließen.

Neue Konzepte werden benötigt, um die Errichtung von Wohnungen, auch in günstigen Marktsegmenten, in der Freien und Hansestadt Hamburg wieder attraktiv zu gestalten. Dabei müssen alle Möglichkeiten der Kosteneinsparung ausgeschöpft werden. Insbesondere die steigenden energetischen und brandschutztechnischen Anforderungen an den Wohnungsbau und die sich aus den Auswirkungen des demografischen Wandels ergebenden Anforderungen an die Barrierefreiheit machen ein „Neudenken“ bei der Errichtung von Wohnungen im günstigen Marktsegment erforderlich. Die Untersuchung und Erprobung von Wegen zur Senkung von Bau- und Unterhaltskosten im öffentlich geförderten Wohnungsbau ist notwendig, um den Wohnungsbauunternehmen attraktive Möglichkeiten aufzuzeigen, wie öffentlich geförderter Wohnungsbau auch wirtschaftlich errichtet und betrieben werden kann.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen Ideenwettbewerb unter dem Motto „Wege zur Kostensenkung im öffentlich geförderten Wohnungsbau“ im Rahmen der IBA zu initiieren,
2. dabei sollen unter anderem folgende Punkte betrachtet werden:
 - a. Welche Mindestanforderungen muss der öffentlich geförderte Wohnungsbau erfüllen?
 - b. Welche Bauweisen ermöglichen eine schnelle und günstige Erstellung von Wohnraum?
 - c. Welche Materialien machen eine kostengünstige Erstellung und Unterhaltung der Wohngebäude möglich?
 - d. Wie müssen Grundrisse gestaltet werden, um sich verändernden Erfordernissen (beispielsweise dem demografischen Wandel) kostengünstig anpassen zu lassen?
 - e. Wie lassen sich energetische Standards kostengünstig umsetzen?

- f. Welche Regelungen und Vorschriften erschweren die Erstellung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau und wie können diese angepasst werden?
3. die Wettbewerbsergebnisse der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit bis April 2013 zu präsentieren.